

Realschülern ein derartig breitgefächertes System der Berufsbildung.

So mochte Maier Hubers Kürzungen als eine Art politische „Strafaktion“ empfinden, und CSU-Abgeordnete machen keinen Hehl daraus: „Den Huber wurmt es, daß der Maier so groß rausgekommen ist.“ Nach außen übte sich der Finanzminister in Kabinettsdisziplin und gab sich penetrant kühl und zurückhaltend: „Ich bin ja kein gelernter Politologe, sondern ein einfacher Politiker.“

Gerade so, nur anders herum, verfuhr Maier nun mit Huber, öffentlich im bayrischen Landtag: „Ich bin kein Finanzpolitiker und beherrsche nur die Grundrechenarten, aber ich verstehe nicht, wie ein Haushalt, eben erst gedruckt, so total einbrechen kann.“

Wie er vor Wochen schon dem SPIEGEL gegenüber allgemein von „total verrückten“ Finanzministern sprach, die Kulturetats kahl schlagen wollten, so nahm er jetzt die eigene Partei, den eigenen Finanzminister an. Hubers Haushalt, so Maier im Landtag, bedeute, daß „von Kulturpolitik im Sinne des Wortes nicht mehr die Rede“ sein könne, die Kürzungen träfen das „Herzstück der Politik“. Dem Regierungschef Goppels gab's Maier obendrein schriftlich, daß für ihn eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ mit Huber „nicht möglich“ sei.

Nach dem Zusammenstoß (die FDP-Abgeordnete Hildegard Hamm-Brücher: „Das ist ja schlimmer als bei den Jusos“) erschrakten auch Parteifreunde und Mitstreiter des Ministers Maier, der 1970 von Goppel als parteiloser Politologie-Professor ins Kabinett geholt worden war, drei Jahre später der CSU beitrat und sich zu einem der führenden Bildungspolitiker in der Republik mauserte, über seine „taktische Instinklosigkeit“ in der bayrischen Etat-Affäre und den „politischen Dilettantismus“ bei der brüskanten Brief-Aktion. „Er macht“, hieß es, „jetzt einen Kardinalfehler nach dem anderen.“

In der CSU-Landtagsfraktion, deren Gunst, mühsam erworben, der Nichtparlamentarier Maier durch seine Flucht an die Öffentlichkeit strapazierte, würden „personelle Konsequenzen“ verlangt werden, „wenn das so weitergeht“, drohte Fraktionschef Gustl Lang. Und in der Partei kursierten bereits Goppel-Pläne für eine mögliche Regierungsumbildung: Maier raus, Nachfolger: Franz Heubl, Staatsminister für Bundesangelegenheiten.

Zumindest blieb letzte Woche Finanzminister Huber erst einmal Sieger, an seinem Haushalt wurde nicht gerüttelt. Das Paket muß nur noch einmal durch das Parlament — möglicherweise nimmt Maier da noch einmal Anlauf.

## VERTRÄGE

### Im Genitiv

**Bonner Sprachforscher aus dem Unions-Lager haben im jüngsten deutsch-polnischen Vertrag ein angeblich unzulässiges „s“ entdeckt.**

Die Opposition, obschon darin geübt, selbst in vielen Zungen zu reden, hat die Regierung bei einer — vermeintlichen — Sprachschlamperei er tappt.

Gestützt auf das Zeugnis des Erwin Weit, heute im Westen lebender Leibdolmetsch des einstigen Polenführers Wladyslaw Gomulka, bombardierten vornehmlich christsoziale MdB vorige Woche das Bonner Außenamt mit Kri-



**Textkritiker Weit (M.)\***  
„Gravierende Abweichungen“

tik wegen angeblicher Übersetzungsfehler in den jüngsten deutsch-polnischen Abkommen. Weit hatte in Springers „Welt“ und Löwenthals „ZDF Magazin“ auf „gravierende Abweichungen“ des polnischen Textes vom deutschen Wortlaut der Vereinbarungen hingewiesen und die Bonner aufgefordert, vor der Ratifizierung sprachliche Übereinstimmung herzustellen.

Weits Hauptvorwürfe:

▷ Im Gegensatz zur deutschen Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ heiße es in den polnischen Dokumenten stets „Bundesrepublik Deutschlands“ („Republika Federalna Niemiec“, statt korrekt im Nominativ „Niemcy“);

▷ außerdem hätten die Polen den deutschen Begriff des „Viermächte-

\* Mit dem polnischen KP-Führer Wladyslaw Gomulka (l.) und SED-Chef Walter Ulbricht in Warschau.

Abkommens“ über Berlin schlichtweg mit „Vierseitige Vereinbarung“ übersetzt.

Die Amateur-Linguisten der Union witterten sogleich deutschlandpolitischen Unrat. Sie argumentierten, der Genitiv im Staatstitel besage ganz gewiß, daß die Warschauer Kommunisten der Bundesrepublik die volle Identität mit Deutschland streitig machen, den Bonner Staat mithin nur als einen Teil Deutschlands darstellen wollten. Bei der Verwendung des Begriffs „Vierseitige Vereinbarung“ hätten sich die Polen überdies die sowjetische Terminologie zu eigen gemacht.

Diesen Vorwurf zu widerlegen bedurfte es für die Vertrags-Experten in Hans-Dietrich Genschers Außenministerium keiner Mühe. Denn das Berlin-Abkommen, an dem die Bundesrepublik ja gar nicht beteiligt war, heißt in den Dokumenten aller vier vertragsschließenden Mächte wörtlich übereinstimmend „Vierseitige Vereinbarung“. Doch auch was den Deutschland-Genitiv anlangte, hätte es für die aufgeregten Unierten lediglich einer Rückfrage bei einem Slawisten bedurft, um sich wieder zu beruhigen.

Denn abgesehen davon, daß die kommunistischen Staaten keinerlei politisches Interesse daran haben können, die von ihnen als endgültig propagierte Teilung Deutschlands dadurch zu widerlegen, daß sie die Bundesrepublik durch den Deutschland-Genitiv zu einem deutschen Teilstaat erklären, ist die Benennung Deutschlands im zweiten Fall im Polnischen sprachüblich und im Russischen möglich.

Im Russischen heißt Deutschland „Germanija“, die Bundesrepublik Deutschland aber wird (auch im Moskauer Vertrag von 1970) „Federatiwnaja Respublika Germanii“ — „Deutschlands“ genannt, so wie etwa die Polen bei zusammengesetzten Staatsbegriffen grundsätzlich den Genitiv benutzen: „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawiens“, „Sozialistische Republik Rumäniens“.

Die Polen selbst reagieren denn auch auf die Enthüllungen ihres vormaligen Chefdolmetschers einigermaßen verständnislos. Professor Stanislaw Stomma, Chef der kirchentreuen katholischen Abgeordnetengruppe Znak im polnischen Parlament, dem Sejm, und derzeit auf Bonn-Besuch, belustigt sich: „Das ist ein talmudistisches Problem.“ Der Genitiv „Niemiec“ klinge „ganz normal für jedes polnische Ohr“.

Ohnehin ist schwer erfindlich, worin das Problem eigentlich stecken soll. Was auch immer Hans-Dietrich Genschers in Warschau unterschrieben hat — sein polnischer Kollege Stefan Olszowski hat seinen Namen auch unter den deutschen Text gesetzt, und darin heißt es nun für alle polit-linguistischen Kümmelspalter ganz unbezweifelbar: „Bundesrepublik Deutschland“ und „Viermächte-Abkommen“.